

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**BMASK 1010 Wien, Stubenring 1,
16.11.2010 09:00 bis 12:30 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:
entschuldigt

Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
Johannes Trimmel

VertreterIn der wissenschaftlichen Lehre:
entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin Ladstätter
Ruth Renée Kurz
Heinz Trompisch
Markus Wolf

BMASK:

Wolfgang Iser
Waltraud Palank-Ennsmann

Zeitweise anwesend:

Mag. Roland Weinert, BMASK

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor, weiters der Entwurf des Protokolls über die öffentliche Sitzung am 28.10.2010, die Punktation für den Bericht an den Bundesbehindertenbeirat sowie Unterlagen zum Staatenbericht.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt und im Punkt Allfälliges ergänzt. Aus aktuellen Gründen werden die Themen Stellungnahme zum Budgetbegleitgesetz und Bericht an den Bundesbehindertenbeirat vorgezogen behandelt.

2. Resümee der öffentlichen Sitzung am 28. Oktober 2010

Die öffentliche Sitzung wird positiv bewertet. Der Weg, die Zivilgesellschaft in Form der öffentlichen Sitzungen mit einzubeziehen, soll vom Ausschuss auch in Zukunft beschritten werden. Das Thema struktureller Gewalt soll weiter (tief-

schürfender) bearbeitet werden (Frau Kurz). Hervorgehoben wird die Offenheit, in der sich die von Gewalt Betroffenen während der Sitzung geäußert haben. Diese Offenheit darf keinesfalls einer Person zum Nachteil gereichen.

Festgehalten wird, dass es unabhängige Behörden zur wirksamen Überwachung im Sinne des Art. 16 Abs. 3 der Konvention derzeit nicht gibt. Das Gutachten des Verfassungsdienstes im BKA wird nachgefragt werden.

Die Präsenz der Medien bei der Veranstaltung war wichtig.

Die Themen offen und breit zu diskutieren, bevor eine fertig ausgearbeitete Stellungnahme vom Monitoringausschuss vorgelegt wird – ermöglicht es, von den TeilnehmerInnen eingebrachte Inhalte und Anregungen besser einzuarbeiten. Die auf der Basis der Anregungen nach der Sitzung erstellte Fassung soll dann auf der Webseite veröffentlicht werden – Änderungsvorschläge können abschließend noch auf elektronischem Wege eingebracht werden. Zur Sitzung am 28.10.2010 hat die Vorsitzende einige schriftliche Stellungnahmen erhalten.

Herr Ladstätter regt an, die nächste öffentliche Sitzung live zu streamen; es wurde ihm berichtet, dass dies technisch mit einem verhältnismäßig geringem Aufwand durchführbar sei.

3. Protokoll der öffentlichen Sitzung am 28.10.2010

Das Protokoll wird mit den vorgeschlagenen Änderungen (Kommentaren) beschlossen.

4. Stellungnahme Budgetbegleitgesetz

Die Vorsitzende schlägt vor, zwei grundsätzliche Themen bei der Stellungnahme in den Vordergrund zu stellen. **Partizipation** – nicht nur im Sinne der Einbeziehung in die Begutachtung, sondern im Sinne einer frühzeitigen Konsultation, sodass die Belange von Menschen mit Behinderungen umfassend bei den Überlegungen einfließen können. Der zweite Punkt beinhaltet die Erstellung öffentlicher **Budgets auf Basis menschenrechtlicher Verpflichtungen**. Der Schutz marginalisierter Gruppen ist dabei besonders wichtig. Herr Ladstätter hebt das Thema der Änderung der Übergangsfristen für Barrierefreiheit hervor. Die Vorsitzende führt an, dass durch internationale Studien erwiesen ist, dass Exklusion teurer ist als Inklusion.

Der Vorschlag der Vorsitzenden, im Begutachtungsverfahren eine Stellungnahme zu den Gesetzesentwürfen abzugeben, wird angenommen. Darüber hinaus soll eine grundsätzliche Stellungnahme des MA verfasst werden, die als Umlaufbeschluss kommuniziert wird.

5. Bericht an den Bundesbehindertenbeirat

Struktur und Inhalte werden umrissen: Zahlen, Daten, Fakten, inhaltliche Schwerpunkte, Ausblick. Die Vorsitzende ersucht die Mitglieder, ihre jeweiligen Aktivitäten (Termine, die wahrgenommen wurden) zusammenzufassen und ihr mitzuteilen. Sie wird bis 30.11. einen Entwurf verfassen und ersucht um Rückmeldung bis 9.12.2010. Der Bericht soll online gestellt werden. Herr Trompisch und Frau Kurz

sprechen das „Ansehen“ bzw. den „Status des Ausschusses“ international an (Thema: Unabhängigkeit).

6. Einzelfälle

Das Thema wird in mehreren Dimensionen gesehen. Die Gefahr besteht, dass der Ausschuss Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können. Der Ausschuss hat aber keine Handhabe, Handlungen von Verwaltungseinrichtungen unmittelbar zu beeinflussen bzw. keine direkte Möglichkeit einzugreifen. Frau Meierschitz spricht das Fehlen einer Stelle gemäß Art. 16 Abs. 3 an. In zwei Drittel der Anliegen stehen Probleme des Föderalismus im Vordergrund. Sofern Ländergremien existieren, gehören die Beschwerden an diese herangetragen. Bestehende Serviceangebote wie die Behindertenanwaltschaft, Schlichtungsverfahren u.a. sollen in Anspruch genommen werden.

Wichtig ist es, die Rolle des Ausschusses, auf Säumnisse in der Umsetzung der UN-Konvention hinzuweisen, nach außen hin klar darzustellen. Das Büro steht für Informationen und Empfehlungen den Betroffenen zur Verfügung. Die Rolle einer Ombudsstelle kann der Ausschuss, der ehrenamtlich tätig ist, nicht erfüllen.

Es wird beschlossen, im nächsten Halbjahr Einzelanfragen durch die Vorsitzende gemeinsam mit dem Büro in relativ kurzer Zeit zu bearbeiten und die Rolle des Ausschusses klar zu kommunizieren. Die Diskussion soll weitergeführt werden.

7. Internationaler Tag Menschen mit Behinderungen 3. Dezember 2010

3.12.2010: Enquete der Caritas-NÖ in St Pölten zur Umsetzung der UN-Konvention (Frau Naue, Herr Ladstätter werden teilnehmen).

Veranstaltung der Caritas-OÖ, im Lentos Kunstmuseum Linz (Marianne Schulze wird teilnehmen)

Herr Trimmel: Licht für die Welt plant eine Presseausendung zum Thema „Behinderung und Entwicklung“

Frau Meierschitz: Pressekonferenz am 2.12. im Café Landmann in Wien, bei der der Bericht der Zivilgesellschaft vorgestellt wird.

8. Status Stellungnahmen

Zur Stellungnahme Gewalt werden Rückmeldungen bis 30.11. abgewartet. Die Stellungnahmen Arbeit und technische Assistenz befinden sich in Bearbeitung.

9. Allfälliges

Herr Weinert, Leiter der Abt. IV/10 im BMASK wurde in Angelegenheiten der Öffentlichkeitsarbeit der Sektion eingeladen. Er sagt zu, dass dem MA ein monatlicher Pressespiegel zur Verfügung gestellt wird (Stichworte werden von Herrn Ladstätter übermittelt).

Er teilt auf Anfrage mit, dass die Verwendung von Texten und Fotos der Homepage des MA (als Subseite der Webseite des BMASK) medienrechtlich kein Problem darstellt. Die Frage betreffend „creative commons“ (zur freien Nutzung) wird von ihm noch mit der AKS geklärt.

Zur barrierefreien Gestaltung der Homepage des Monitoringausschusses (Leichter Lesen Fassung, Videos in Gebärdensprache) wird ein Vorgespräch mit der Sektionsleitung erfolgen, Mitte Dezember soll die Entscheidung bezgl. der budgetären Mittel fallen. Herr Weinert ersucht, ihm Umfang des Vorhabens mitzuteilen. Er berichtet, dass ein Rahmenvertrag mit dem Österr. Gehörlosenbund mit dem BMASK geschlossen wurde (Videos in Gebärdensprache). Auch hier ersucht er um Übermittlung einer Liste der Themen.

Herr Ladstätter sieht die Frage der barrierefreien Gestaltung der Homepage des Monitoringausschusses persönlich als vordringlich und moniert, dass dieses Anliegen neuerlich geprüft werden muss. Das Büro verweist darauf, dass die entsprechende Sitzung unter Federführung der AKS und nicht der Sektion IV stattgefunden habe.

Herr Weinert weist darauf hin, dass die Leichter-Lesen-Fassung der UN-Konvention unbedingt noch heuer gedruckt werden soll. Frau Meierschitz wird den Entwurf so rasch als möglich übermitteln.

10. Weitere Termine

Gesprächstermin der Vorsitzenden mit SC Mag. Pallinger geplant.

Dr. Rubisch referiert am 18./19.11.2010 beim "Work Forum for the Implementation of the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities", an dem auch die Vorsitzende teilnehmen wird

Workshop in Villach über die UN-Konvention (Behindertenanwältin und Soziallandesrat) am 24. November 2010

Nächste Sitzung der Wiener Interessensvertretung: 30.11.2010

Die nächste öffentliche Sitzung wird voraussichtlich in Tirol stattfinden (Unterstützung vom Landesvolksanwalt in Aussicht genommen).

Nächster Termin MA: 13. Dezember 2010, 09:30-12:30 Stubenring 1, Saal IV

18. Jänner 2011, 9.30 – 12.30 ÖAR, 1010 Wien, Stubenring 2.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Ruth Renée Kurz
(stv. Schriftführerin)